

1. In aller Kürze.....	1
2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle.....	3
3. Aus den Fachbereichen.....	4
4. Lesenswertes.....	5
5. Termine auf einen Blick.....	6
6. Hilfreiche Tipps.....	6
7. Impressum.....	6

1. In aller Kürze

14. März 2005:

City-Maut ist Sache der Städte und der Bundesländer

Eine City-Maut zur Bekämpfung der Feinstäube ist eine Option, die in vielen deutschen Städten diskutiert wird. Das Londoner Beispiel zeigt, dass Verkehrsprobleme in überlasteten Innenstädten mit diesem Instrument erfolgreich bekämpft werden können. So sank in London die Luftverschmutzung, es gab weniger Staus und die Unfallzahlen gingen stark zurück. Die Effekte sind dermaßen erfolgreich und die Mautregelung weithin akzeptiert, dass die Mautzone in London jetzt sogar verdoppelt wird.

Die Entscheidung über die Einführung einer City-Maut hierzulande ist ausschließlich Sache der Länder und Kommunen. Der Bund will hierzu keine Vorschriften machen.

Hintergrund für solche Überlegungen ist, dass viele Städte die Luftqualitätsrichtlinie der EU zu Feinstäuben nicht einhalten können. Die EU-Kommission hat ausgerechnet, dass jedes Jahr bis zu 310.000 Europäer an Herz- und Krebserkrankungen vorzeitig sterben, die durch Feinstäube verursacht werden. Hauptverursacher sind der Verkehr und hier insbesondere ungefilterte Dieselfahrzeuge.

Quelle: <http://www.gruene-fraktion.de>

08. März 2005:

Erneute Massenstrandungen von Walen und Delphinen nach Militärmanövern

Anfang März strandeten an Floridas Küste über 60 seltene Rauszahndelphine. Zeitgleich hatte ein U-Boot der US-Navy dort eine militärische Sonar-Übung durchgeführt. Ein Teil der Tiere konnte zur Pflege in veterinärmedizinische Stationen gebracht werden, viele Delphine verendeten aber noch an Ort und Stelle.

Bereits im Januar 2005 strandeten an der Ostküste der USA, im Bundesstaat North Carolina, 37 Grindwale. Auch diesem Ereignis war ein Militärmanöver der US-Navy vor-

ausgegangen, bei dem ein Sonar-System getestet wurde. Experten zufolge werden die Strandungen unmittelbar mit den Manövern in Verbindung gebracht. Starke Sonarwellen zerstören die sensiblen Gehörorgane der Meeressäuger. Aufgrund des hohen Schalldrucks erleiden sie Verletzungen, werden orientierungslos und stranden schließlich oder sterben auf hoher See. Die US-Navy weist einen Zusammenhang zwischen ihren Tests und den Strandungen als "unwahrscheinlich" zurück.

Quelle: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=22521>

02. März 2005:

Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen vertiefen Zusammenarbeit

Vom 25. bis 27. Februar feierten die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen in Weisweil und Wyhl mit Gästen aus Kanada, Japan, der Schweiz und dem Elsass den 30. Jahrestag der Bauplatzbesetzung. Damals wurde durch massive Proteste der einheimischen Bevölkerung der geplante Bau des Atomkraftwerks im Whyler Rheinauwald verhindert.

In den verschiedenen Veranstaltungen wurde der Generationswechsel sichtbar: Bereits die zweite und dritte Generation der Aktiven aus den 70er Jahren fordert mit Hartnäckigkeit und Engagement massiv den sofortigen Ausstieg aus der

Atomenergie und die Stilllegung der Fessenheimer Reaktoren.

Die in den Veranstaltungen demonstrierte Solidarität gilt auch den durch den Uranabbau in ihrer Existenz gefährdeten kanadischen indigenen Völkern und den Kindern von Tschernobyl, die immer noch unter den Folgen der Katastrophe von 1986 leiden.

Im abschließenden Familiengottesdienst in der Wyhler Kirche wurde eine Kollekte über € 885,38 für die Kinder von Tschernobyl, dem Hilfsverein von Solange und Prof. Michel Fernex gesammelt. Diese Summe wird der Hilfsverein für die Kinder von Korma noch verdoppeln.

Quelle: www.badisch-elsassische.net

01. März 2005:

BBU fordert Transportverbot für Uranmüll

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. hält es für "schlichtweg unverschämt und verantwortungslos, dass Uranmüll aus der Gronauer Urananreicherungsanlage der russischen Bevölkerung vor die Tür gekippt wird", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Nach Informationen aus den Reihen der Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland ist am Mittwoch, dem 2. März 2005 ein Atommüllzug mit 20 Waggons gefüllt mit Uranmüll von Gronau aus in Richtung Russland gestartet. Der Uran-Abtransport dient damit faktisch der "Entsorgung" der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage, für die Mitte Februar das NRW-Energieministerium eine Ausbaugenehmigung erteilt hatte.

Bereits am 08. Februar 2005 hatte sich Buchholz in einem Schreiben an Bundesumweltminister Jürgen Trittin gewandt, in welchem er die erteilte Genehmigung zum Ausbau der Urananreicherungsanlage Gronau (UAG) durch das nordrheinwestfälische Energieministerium (MVEL) scharf kritisierte. Nach Angaben des Bundesministers hat die Behörde den Ausbau auch aus standort- und arbeitsmarktpolitischen Gründen befürwortet. Nach Ansicht des Ministeriums sowie der zuständigen Beratungsgremien und Prüfstellen seien die Anforderungen für die Entsorgungsvorsorge sowie die Sicherheitsbestimmungen für die Kernbrennstoffanreicherungsanlage in allen Punkten erfüllt.

Bezüglich des vergleichbaren Falls in den Niederlanden, bei dem in letzter Minute der

Ausbau der Urenco-Anlage in Almelo durch Atomkraftgegner gestoppt werden konnte, teilte das BMU mit, dass es sich hierbei um einen Verfahrensfehler handle. Die niederländische Genehmigungsbehörde habe es damals versäumt, jeden Bürger, der in der Umgebung der Anlage wohnt, persönlich über die vorgesehenen Ausbaumaßnahmen zu informieren.

Der BBU und seine örtliche Mitgliedsinitiative, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, lehnen den hemmungslosen Uranexport ab und fordern stattdessen die sofortige Stilllegung der Gronauer Uranfabrik, die zukünftig ca. 35 Atomkraftwerke in aller Welt mit atomarem Brennstoff versorgen soll. Buchholz: "Die sofortige Stilllegung der UAA kann und muss dazu beitragen, dass der weltweite Atommüllberg nicht weiter wächst."

Zwischenzeitlich hat der BBU Einspruch gegen die von Urenco Nederland B.V. gestellten Anträge gemäß der Amtlichen Bekanntmachung in den Gronauer Nachrichten vom 22.02.2005 eingelegt. Bis zum 22. März können gegen den beantragten Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) in Almelo Einsprüche erhoben werden. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. hat mit seiner Mitgliedsinitiative "Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau" einen Sammeleinspruch in Form einer Unterschriftenliste verfasst. Näheres hierzu unter

Quelle: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202005/10.03.05.htm>

28. Februar 2005:

Neue Auflagen für Philippsburg II

Das Bundesumweltministerium hat kürzlich Baden-Württemberg per Weisung verpflichtet, der EnBW als Betreiberin des Atomkraftwerks Philippsburg II (KKP II) eine Auflage zum Schutze der Bevölkerung zu erteilen. Danach muss der Reaktor abgeschaltet werden, wenn nicht nachgewiesen ist, dass Störfälle hinreichend sicher beherrscht werden. Der förmlichen Weisung war ein bundesaufsichtliches Gespräch am 16. Februar vorausgegangen, bei dem es um die unzureichende Behandlung von Zweifeln an der Störfallbeherrschung beim KKP II ging. In diesem

Gespräch hatte das Bundesumweltministerium das in Baden-Württemberg für atomrechtliche Auflagen zuständige Wirtschaftsministerium aufgefordert, dem Betreiber des KKP II eine Auflage mit folgendem Inhalt zu erteilen: 1. Wenn Anforderungen zur Störfallbeherrschung entsprechend der atomrechtlichen Genehmigung nicht eingehalten werden, ist der Betrieb einzustellen. 2. Bei Zweifeln an der Störfallbeherrschung aufgrund neuer Erkenntnisse muss die Behörde benachrichtigt werden. Genaueres lesen Sie bitte unter

Quelle: <http://www.bmu.de/presse/maillinglist/pressemitteilungen.php?weiter=preview&b>

2. Aus dem Vorstand und Geschäftsstelle

Geplante Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Störfall-Verordnung unzureichend

Am 13.12.2004 fand im Bonner Sitz des Bundes Umweltministeriums (BMU) eine Anhörung zur Umsetzung der Änderung der europäischen Seveso-II-Richtlinie (Richtlinie 2003/105/EG) statt. Der BBU, der als einziger Umweltverband teilnahm, legte dabei eine kritische Stellungnahme zu den Plänen der Bundesregierung vor, die auch im Internet zu finden ist (www.bbu-online.de).

Inzwischen liegt eine auf der BMU-Homepage einsehbare Fassung der geplanten Normenänderungen vor, die vom Kabinett verabschiedet wurde. Die Festlegung vieler sachlich notwendiger Anforderungen unterblieb beim Entwurf der Bundesregierung. Das EU-Recht hätte derartigen Regelungen nicht entgegen gestanden, da es den Mitgliedstaaten ermöglicht, national weitergehende Normen zu erlassen. Dass der Bundesrat, der noch zustimmen muss, positive Änderungen vornehmen wird, ist äußerst unwahrscheinlich.

So wird es auch zukünftig zahlreiche Ausnahmen vom Anwendungsbereich des Störfallrechts geben, beispielsweise bei verschiedenen Bergbautätigkeiten. Ausgenommen wird zudem der gesamte Bereich der Offshore-Erkundung und -Gewinnung von Mineralien, einschließlich Kohlenwasserstoffen. Dies betrifft ökologisch besonders sensible Bereiche.

Die Erfüllung von Anforderungen des zweiten und vierten Teils der Störfall-Verordnung ist von in der 12. BImSchV festgelegten Schwellenwerten abhängig. Werden in einem Betriebsbereich bei bestimmten Substanzen deren spezifische Mengenschwellen erreicht oder

überschritten, ist bestimmten Anforderungen nachzukommen. Die relevante Mengenschwelle für Dioxine (PCDD und PCDF in TCDD-Äquivalenten) beträgt derzeit 1 kg. Es ist nicht bekannt, dass diese Mengenschwelle bisher in Betriebsbereichen erreicht wurde, so dass die Regelung ins Leere läuft. Die notwendige deutliche Herabsetzung der Mengenschwelle oder die ergänzende Festlegung einer geeigneten Konzentrationschwelle steht nach wie vor aus. Damit sind bei verschiedenen, besonders problematischen Betriebsbereichen relevante Sicherheitsmaßnahmen weiterhin nicht erforderlich.

Die Seveso-II-Richtlinie verlangt einen „angemessenen Abstand“ zwischen Störfallanlagen einerseits und sensiblen Nutzungen in deren Umgebung andererseits. Die nationale Umsetzung in Form des § 50 S. 1 BImSchG, der den Begriff der „Flächenzuordnung“ verwendet, bleibt unbefriedigend.

So besteht nach wie vor die Gefahr, dass Kommunen im Rahmen der Abwägung in der Bauleitplanung den Schutz vor Störfällen als nachrangig ansehen. Hinzu kommt, dass ungeklärt ist, wie „angemessene Abstände“ im Rahmen der Flächenzuordnung ermittelt werden sollen. Welche Störfallereignisse, Parameter bei Immissionsprognosen oder toxikologischen Grenzwerte als Berechnungsgrundlagen herangezogen werden müssen, lässt der Entwurf der Bundesregierung offen. Damit ist nicht auszuschließen, dass Kommunen, die neue Wohngebiete ausweisen wollen sowie staatliche Stellen und Firmen der Chemischen Industrie, die Neuansiedlungen realisieren möchten, worst-case-Betrachtungen systematisch ausblen-

den. Nicht im Ansatz ist geklärt, welche Methodik und welche Bewertungsmaßstäbe hinsichtlich des Schutzes von Gebieten, die unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvoll oder empfindlich sind, Anwendung finden sollen. Unklar ist auch die konkrete Umsetzung der EU-Anforderung, dass es bei der Veränderung bestehender Betriebe oder der Umgebung bestehender Betriebe zu keiner Zunahme der Gefährdung der Bevölkerung kommen darf.

Nicht europarechtlich, sondern finanziell motiviert ist die geplante Zusammenlegung der Störfallkommission (SFK) und des Technischen Ausschusses für Anlagensicherheit (TAA) zur Kommission für Anlagensicherheit (KAS), die Ende 2005 ihre Arbeit aufnehmen soll. Hierbei wurde die Chance eines strukturellen Neuanfangs verpasst. So besteht weiterhin die Möglichkeit, dass die KAS wie bereits SFK und TAA ihre Sitzungen und Sitzungsunterlagen für nichtöffentlich bzw. vertraulich erklären wird und der Bevölkerung damit verweigert, sich ein eigenes Bild über die Arbeit des Gremiums zu machen. Angesichts der Bedeutung, die die KAS im Vorfeld der Entwicklung von Rechtsnormen und für die Verwaltungspraxis erlangen wird, wäre es für eine Bundesregierung, die den Dialog mit den BürgerInnen sucht, geboten gewesen, Öffentlichkeit und Transparenz dieses Gremiums im BImSchG oder in einer nur durch das BMU veränderbaren Satzung festzuschreiben.

Über die weitere Entwicklung wird im BBU-Newsletter in einer der nächsten Ausgaben berichtet.

**Gefahr noch nicht gebannt:
20 Jahre Tschernobyl**

Am 24. Januar 2005 wandte sich Herr Eduard Bernhard, Vorstandsmitglied des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V., in einem offenen Brief an Dr. Wolfram König, den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz. Der Grund: Der Reaktorunfall in Tschernobyl vom 26. April 1986 jährt sich im kommenden Jahr zum traurigen zwanzigsten Mal. Viele Tausend Tote waren zu beklagen und bis heute sterben Menschen an den Folgen des Reaktorunfalls. Damals wurden über zehn Tage hinweg radioaktive Gase und Aerosole freigesetzt, die sich nicht nur in direkter Reaktornähe, sondern über ganz Europa verteilten. Bereits vier Tage nach dem Unfall war das gesamte deutsche Bundesgebiet betroffen.

In dem an das Bundesamt für Strahlenschutz gerichteten Schreiben sollte vor allem geklärt werden, welche Regionen in Deutschland damals und heute besonders von der radioaktiven Strahlung belastet sind und ob es bezüglich des Verzehrs von Nahrungsmitteln für die Verbraucher aktuelle Warnungen gibt.

Laut des kürzlich beim BBU eingegangenen Antwortschreibens des Bundesamtes für

Strahlenschutz waren und sind besonders Gebiete südlich der Donau sowie der Bayrische Wald von den Folgen von Tschernobyl betroffen.

Von den nach dem Tschernobylunfall 1986 angelagerten Radionukliden lässt sich heute praktisch nur noch das langlebige Cäsium-137 nachweisen, das eine Halbwertszeit von ca. 30 Jahren hat. Bei den in Landwirtschaft und Gartenbau erzeugten Lebensmitteln liegen die heute in Deutschland gemessenen Cs-137-Konzentrationen in der Regel unter 0,2 Bq/kg. Den Verzehr von Feldfrüchten hält das Bundesamt für Strahlenschutz nach eigener Aussage für unbedenklich, da das Cäsium von den tonhaltigen Böden gebunden und daher nur in sehr geringen Mengen von den Pflanzen aufgenommen wird.

Bedenklich hingegen ist weiterhin der Verzehr von Waldprodukten. Vor allem frei lebende Wildtierarten wie Schwarzwild, Rotwild und Rehwild sind betroffen. Die Streubreite der Belastung der einzelnen Tierarten ist aufgrund der unterschiedlichen Futterzusammensetzung sehr verschieden. Im schlimmsten Fall können beispielsweise bei Fleisch von Wildschweinen Spitzenwerte bis zu Tausend Bq/kg gemessen werden. Im Bayrischen

Wald liegen die Belastungen noch sehr hoch. Die Mittelwerte liegen bei Dammwild um 0,40Bq/kg, bei Rotwild um 20 Bq/kg, bei Rehwild um bis zu 30 Bq/kg. Mit durchschnittlich 400 Bq/kg liegt der Mittelwert bei Wildschweinen wesentlich höher, wobei hier die Streubreite von 0,2 bis über 12.000 Bq/kg reicht.

Ebenfalls stark belastet sind weiterhin Wildpilze. Insbesondere der Maronenröhrling kann noch Konzentrationen von weit über 1000 Bq/kg erreichen. Außerdem rät das Bundesamt für Strahlenschutz von dem Verzehr von Waldbeeren ab.

In Deutschland ist es nicht erlaubt, Lebensmittel mit einem Radiocäsiumgehalt von mehr als 600 Bq/kg in den Handel zu bringen. Die mittlere tägliche Zufuhr mit der Gesamtnahrung beträgt heute in Deutschland etwa 0,2 Bq, dies entspricht einer jährlichen effektiven Dosis von ca. 0,001 MiliSivert. Der nach Ansicht des BBU sehr lapidare Kommentar des Strahlenschutzamtes: „Wer für sich persönlich die Strahlenbelastung jedoch so gering wie möglich halten möchte, sollte auf den Verzehr von vergleichsweise höher kontaminierten Wildpilzen, Wildbeeren und Wildbret verzichten.“ Wir wünschen guten Appetit!

BBU-Emailverteiler

Anfang des Jahres hatten wir euch mitgeteilt, dass wir täglich 100-150 Emails erhalten, die je nach Arbeitsgebiet für euch interessant sein könnten. Die entsprechenden Verteiler wurden zwischenzeitlich eingerichtet. Knapp die

Hälfte aller Mitgliedsgruppen, aber auch einige Fördermitglieder haben sich bereits in einen oder mehrere Verteiler eintragen lassen und bekommen die eingehenden Informationen umgehend weitergeleitet.

Verteilerlisten	Klimaschutz
Chemiepolitik	Mobilfunk/ Elektrosmog
Energie/ Atomproblematik	Müllproblematik
Eine-Welt/ Globalisierung	Natur-/ Artenschutz
Friedensbewegung	Verkehrspolitik
Gentechnik	Wald/ Bodenschutz
Gesundheit/ Innenraumschadstoffe	Wasserproblematik

Ihr könnt euch jederzeit in die Verteilerlisten ein- und austragen lassen - Email reicht.
BBU-Bonn@t-online.de.

3. Neues aus den Fachbereichen

Arbeitsbereich Wasser:

Intensivierung der BBU-Wasser-Koordination

Eine engere Zusammenarbeit streben die „Was-serinitiativen“ an, die im BBU organisiert sind. Die Intensivierung der Zusammenarbeit wurde auf einem Meeting am 19.02.05 in der Bonner BBU-Geschäftsstelle beschlossen. Die Organisation VSR-Gewässerschutz hat es übernommen, eine Vernetzung potenziell „wasserinteressierter“ BBU-Mitgliedsgruppierungen sowie von aquati-schen Koordinierungsthemen durchzuführen, um zwischen interessierten BBU-Mitgliedsinitiativen eine engere Zusammenarbeit als bislang einzuleiten. Mit einem Zeithorizont von etwa zwölf Monaten soll erneut zu einem BBU-Wasser-Meeting eingeladen werden – möglichst bundesweit, gegebenenfalls auch regional. Bis dahin soll die E-Mail-Konsultation und –Zusam-menarbeit zwischen den „Wassergruppierungen“ im BBU verstärkt werden – insbeson-dere hin-sichtlich von sensitiven Themen. BBU-Mitglieds-gruppierungen, die Interesse haben, sich in die BBU-Wasser-Koordination einzuklinken, können sich wenden an: VSR-Gewässerschutz z.Hd. Herrn Harald Gülzow – Egmondstraße 5, 47608 Geldern.

Tel.: 02831/980281, Fax: 976526 E-Mail: geschaeftsstelle@vsr-gewaesserschutz.de

Atom und Energie:

Ahauser Bürgerinitiative schreibt an Bundespräsidenten

In einem Brief an den Bundespräsidenten Horst Köhler hat die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ das deutsche Staatsoberhaupt nach Ahaus eingeladen. Aus Sorge vor den unmittelbar bevorstehenden Atommülltransporten von Dresden nach Ahaus möchte die Bürgerinitiative mit dem Bundespräsidenten ein persönliches Gespräch und eine Podiumsdiskussion in Ahaus durchführen. Selbstverständlich wurde Köhler auch zum traditionellen Sonntagsspaziergang eingeladen.

Die Ahauser Bürgerinitiative wendet sich mit diesem dramatischen Appell an den Bundespräsidenten, weil weder Bundes- noch Landesregierung die Sorgen der BürgerInnen in Ahaus und im Münsterland ernst nehmen. Die Gefahren der bevorstehenden Atomtransporte nach Ahaus werden stattdessen heruntergespielt und verharmlost. Kein derzeit regierender Politiker kann ausschließen, dass das Brennelement-Zwischenlager in Ahaus nicht doch zu einem atomaren Endlager wird. Entsprechende Pläne der Bun-

desregierung sehen mehrere überirdische Endlager vor. Wird Ahaus eines davon?

Des Weiteren befürchtet die Bürgerinitiative im Falle der Atomtransporte massive Einschränkungen der Demonstrations- und Bewegungsfreiheit durch die Polizei, wie sie 1998 beim letzten Castor-Transport an der Tagesordnung waren. Zugleich erinnert die BI an die Aussage des früheren Bundespräsidenten und NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau, dass kein Atommüll nach Ahaus kommen solle, bevor es kein sicheres Endlager gäbe.

In dieser Situation fordert die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ den jetzigen Bundespräsidenten auf, sich in die Diskussion einzuschalten und für die Ahauser und Münsterländer BürgerInnen Partei zu ergreifen. Wir erwarten vom Staatsoberhaupt, dass er die beteiligten Regierungen zu einer Denkpause in Sachen Atomtransporte nach Ahaus anregt. Es darf kein neuer Atommüll nach Ahaus (und nach Gorleben) rollen, weil die sichere Atommüllentsorgung insgesamt noch völlig unklar ist. Die so genannte Zwischenlagerung in Ahaus und in Gorleben ist jedenfalls keine Lösung.

Quelle: <http://www.bi-ahaus.de/>

4. Lesenswertes

Von Oertzen, Jasper: „Wodurch sind wir in die ökologische Bedrohung gekommen?“



„Genügen unsere alten Werte nicht mehr?“ fragte Jasper von Oertzen vor zwölf Jahren erstmals in seinem als Buch erschienenen Vortrag „Wodurch sind wir in die ökolo-

gische Bedrohung gekommen?“ Der 1912 geborene Schauspieler und vielfache Buchautor studierte Theaterwissenschaften und Kunstgeschichte.

In seinem 2004 wieder neu aufgelegten Buch stellt er fest, dass sich seit der Erstauflage seines Vortrags vor zwölf Jahren kaum etwas geändert hat. Vierzig Jahre Umweltschutz konnten nicht verhin-

dern, dass es der Umwelt heute so schlecht geht wie noch nie. Von Oertzen fragt mit Recht, was technischer Fortschritt und Globalisierung nutzen, wenn wir die Erkenntnisse, die der Mensch in der Wissenschaft gewinnt, nicht umsetzen.

Wie ist es zu der heute vorherrschenden Wegwerfgesellschaft gekommen? Ist der Mensch das Maß aller Dinge? In einem übersichtlichen und

philo-sophischhumanistisch geprägten Durchgang durch die menschliche Geschichte zeigt von Oertzen auf, wie sich die gesellschaftlichen Werte im

Laufe der Zeit gewandelt haben. Sein Fazit: An der Ökologie führt kein Weg vorbei!

„Wodurch sind wir in die ökologische Bedrohung gekommen“ ist im R. Mankau Verlag unter der ISBN 3-9809565-1-2 für 9,90 Euro erschienen.

5. Termine auf einen Blick

Wann?	Was?	Wo?	Info
27.03.05 ca. 11:00 Uhr	Ostermarsch 2005 „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“	Marschbeginn an der Bismarker Straße in Gadelegen	Infos zur Anfahrt und Marschverlauf unter: Vorbeirungsgruppe Ostermarsch, Christel Spenn, Schillerstraße 33, 39108 Magdeburg. Tel.:0172/7502492 o. www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de
09.-10.04.05	Tagung „Atomfreies Wohnen – ein Modell mit Zukunft?“	Johanniter-Akademie, Gartensiedlung Weißenburg in Münster	Zentrum für Umweltforschung (ZUFO), Westf. Wilhelms-Universität Münster, Sekretariat, Mendelstr. 11, 48149 Münster, Tel: 0251- 83 38470 zufo@uni-muenster.de http://www.zufo.uni-muenster.de
23.04.05	„2. Bundeskongress für Photovoltaik-Betreiber-gesellschaften“ mit Ausstellung „PV-EXPO“	Stadthalle in Fürth	Informationen zu Tagung und Ausstellung gibt es unter www.bundeskongress-pv.de
25. – 29.05.05	Deutscher Evangelischer Kirchentag mit BBU-Infostand	Hannover	Infos zu Projekten und Veranstaltungen unter www.kirchentag.de

6. Hilfreiche Tipps

Verein zum Schutz des Rheins: Der VSR-Gewässerschutz als Mitgliedsgruppe des BBU unterhält eine Service-Hotline. Unter der der **Rufnummer 02831/976523** können Sie sich direkt mit Ihren Fragen an den VSR wenden. Die Hotline ist montags von **9:00 Uhr bis 12:00 Uhr** sowie **14:00 Uhr bis 15:00 Uhr** erreichbar.

GEO-Tag der Artenvielfalt am 11. Juni 2005 – Machen Sie mit!



Natur einmal anders erleben: Das Reportage-Magazin GEO und die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) laden am 11. Juni 2005 bundesweit ein zu einer Expedition ins Freie. Sie steht in diesem Jahr unter dem Motto „Natur in der Stadt“.

Wer am 11. Juni (oder in der Woche davor oder danach) zum GEO-Tag der Artenvielfalt ein eigenes Projekt organisieren möchte, kann sich direkt über die Website www.geo.de/artenvielfalt oder bei der Redaktion anmelden: Tom Müller, Tel.040-3703-2732, E-Mail mueller.tom@geo.de.

Die ersten 100 Projektanmelder erhalten das Bestimmungssset „Artenfülle vor der Haustür“. Als Starthilfe können über das Internet kostenlos Beilagen von bisherigen Aktionen, Artenposter, Ankündigungsplakate und Aufkleber bestellt werden. Ebenso stehen zahlreiche Materialien zum Download bereit.

Besonders eingeladen sind Schüler mit ihren Lehrern, für die GEO in Kooperation mit der DUH einen Wettbewerb ausgeschrieben hat. Hauptgewinn: eine Klassenfahrt in den Nationalpark Hainich/ Thüringen. Nähere Informationen hierzu im Internet (www.geo.de/artenvielfalt) unter dem Stichwort „Schülerwettbewerb 2005“. Machen Sie mit!

7. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 03/ 05

Herausgeber: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn

Redaktion: Saskia von der Burg, Udo Buchholz

Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Post) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Interessierte **Nicht-Mitglieder können den Newsletter per E-Mail (Jahresabo: 12,- Euro) abonnieren.** Bestellungen bitte schriftlich und gegen Vorkasse (Überweisung oder Scheck) an: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn. Tel.:0228/214032, Fax:-33. Bankverbindung: Sparkasse Bonn (BLZ) 38050000, (KTN) 19001965.

Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster **Redaktionsschluss ist der 17. April 2005.** Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de